

16.02.2000 / Thema

Allein gegen die Wassermafia

Die Grünen sind nicht weniger korrupt als CDU und SPD. Ein Fallbeispiel aus Hessen

Willi Schmelig

*** »Die junge Welt ist die erste Zeitung, die die unglaublichen mafiosen Zustände im Abwasser- und Trinkwasserbereich veröffentlicht«, schrieb uns Willi Schmelig und fügte den nachfolgenden Bericht über den Kampf gegen korrupte Geschäfte im hessischen Spangenberg hinzu. Er knüpft dabei an die Enthüllungsbeiträge von jW-Autor Werner Rügemer an, der Licht nicht nur in die stinkenden Abwassergeschäfte im Westen, sondern auch in den Anschlußgebieten im Osten gebracht hat, zuletzt in jW vom 26. Januar 2000 in seinem Beitrag »Geld durch die Klospülung«. ***

Eigentlich begann alles ganz harmlos, das war 1991: Im Sinne des Umweltschutzes sollte die »Abwasserbeseitigung«, wie es in der Fachsprache heißt, unserer Kleinstadt auf die restlichen acht Stadtteile ausgedehnt werden. Für den Großteil der Einwohner unserer Kernstadt und zwei größerer direkt anliegender Stadtteile existierte bereits eine gut funktionierende Kläranlage.

Als Fraktion der Grünen im Parlament gingen wir selbstverständlich davon aus, daß die sieben Stadtteile, die weniger als 500 Einwohner haben, eigene Kläranlagen, und zwar möglichst kostengünstige naturnahe Teichkläranlagen, erhielten. Aber was wurde im Parlament beschlossen? Es sollte eine völlig neue zentrale Kläranlage für alle Stadtteile gebaut werden. Die bereits bestehende und mit viel Geld auf den neuesten Stand gebrachte Kläranlage sollte abgerissen werden. Das Wasserwirtschaftsamt befand dieses Ergebnis für gut; die SPD-Mehrheitsfraktion fand es sowieso gut und beschloß das Projekt gegen die Stimmen der gesamten Opposition.

Hand in Hand mit dem Wasserwirtschaftsamt

40 Millionen DM sollte dieses Vorhaben mit insgesamt mehr als 30 Kilometer langen Sammelleitungen bis zur zentralen Kläranlage verschlingen. Darin enthalten waren noch nicht einmal die notwendigen Innerortskanalisierungen. Wie viele Familien wären wegen der finanziellen Belastung durch die Umlegung der Kläranlagekosten finanziell ruiniert worden?

Wir machten unser Entsetzen öffentlich. Gemeinsam mit CDU und FDP kämpften wir gegen das unverantwortliche Vorhaben. Mit erheblichem Aufwand und viel Energie - mit Flugblättern, Pressearbeit und der Unterstützung einer Bürgerinitiative - gelang es uns, die beschlossene zentrale Kläranlage zu verhindern. Es gelang uns allerdings nicht - auch nicht bei unserem Parteifreund und Umweltminister Joseph Fischer -, eine kostengünstige naturnahe Abwasserreinigung durchzusetzen.

In persönlichen Gesprächen und flehenden Briefen forderten wir »unseren Umweltminister Joschka« auf, uns zu unterstützen. Es war vergeblich. Nicht einmal beim Widerstand gegen die absurde zentrale Kläranlage erhielten wir Hilfe vom grünen Umweltminister. Schon 1992 lagen seine Interessen offensichtlich woanders.

Die Vehemenz, mit der unser Bürgermeister die zentrale Kläranlage durchsetzen wollte, Hand in Hand mit dem Wasserwirtschaftsamt, war atemberaubend. Es paßte allerdings zu seinen sonstigen vorteilsgewährenden Aktivitäten gegenüber seinem Lieblings-Ingenieurbüro. Denn dieses sollte neben fast allen Bauleitplanungen, Planungen im Straßen- und Wegebau und beim Abwasser- und Trinkwasser auch die gewinnbringende zentrale Kläranlage planen. Natürlich sollte es wie überall auch die Bauleitung und Abrechnung übernehmen.

Nicht nur wir, sondern auch das Rechnungsprüfungsamt und der Hessische Rechnungshof deckten in den Jahren 1994 und 1995 Manipulationen und Betrug bei Ausschreibungen und Abrechnungen von Baumaßnahmen auf, die von dem bereits erwähnten Büro geplant und abgerechnet worden waren. Diese Manipulationen verursachten einen erheblichen Schaden für die Stadt; genauer gesagt für die Bürger der Stadt. Der Bürgermeister schwieg zu alledem vielsagend.

Da »Vorteilsgewährung«, erfolgter Subventionsbetrug und Ausschreibungsbetrug strafrechtlich verfolgt werden müssen, waren wir sicher, daß die Vorgänge von der Staatsanwaltschaft zur Anklage gebracht werden. Schließlich bestätigten sogar zwei Bauamtsleiter die betrügerischen Vorgänge, die an ihnen vorbei direkt zwischen dem Bürgermeister und dem Ingenieurbüro eingefädelt worden waren. Beide Bauamtsleiter hatten im übrigen von sich aus gekündigt.

Falschberechnung des Trinkwasserbedarfs

Der kritische und engagierte Fraktionsvorsitzende der FDP hatte jahrelang gemeinsam mit mir die Falschberechnung des Wasserverbrauchs in den Stadtverordnetenversammlungen moniert. Schließlich war er es, der neben zahlreichen anderen Falschberechnungen einen genauso simplen wie dreisten, aber entscheidenden Trick entdeckte, wie der Trinkwasserbedarf um rund 100 Prozent zu hoch berechnet wurde: Das Wasser, das in den Hochbehältern als »Löschwasserreserve« bereitgehalten werden muß, wird als täglich neu zu fördern deklariert. Diese Löschwasserreserve muß natürlich nicht täglich neu gefördert werden, sondern lediglich bereitgehalten werden. Damit ist die (angeblich) täglich zu fördernde Trinkwassermenge doppelt so hoch, wie tatsächlich benötigt.

Ein Beispiel: Der berechnete tägliche Trinkwasserbedarf liegt bei 1200 Kubikmeter - diese Berechnung liegt bereits weit über dem tatsächlichen Bedarf. Hinzugezählt wird die Löschwasserreserve von 1 150 Kubikmeter. Es ergibt sich ein angeblicher Gesamtbedarf von 2 350 Kubikmeter.

Diese bewußte wirkungsvolle Falschberechnung ermöglicht es der Wassermafia, völlig überflüssige Baumaßnahmen als notwendig hinzustellen und somit neben den anderen Manipulationen bei Ausschreibungen und der überhöhten Preisgestaltung horrende Gewinne zu erzielen. Horrende Gewinne bei der Planung und Bauausführung. Die ahnungslosen Bürger zahlen.

Daß diese Falschberechnung offensichtlich bundesweit von den Behörden und Ministerien akzeptiert wird, ist ein Riesenskandal - aber wen juckt es auch, wenn die deutschen Einheitsmedien dazu schweigen?

Bis auf eine Anklage wegen Betrugs (Subventionsbetrug) stellte die Staatsanwaltschaft nach und nach die zahlreichen Ermittlungsverfahren ein. Doch diese »Feigenblatt-Anklage« war so geschickt an den entscheidenden Tatsachen und Beweismitteln vorbei formuliert, daß es dem zuständigen Gericht leicht fiel, das Hauptverfahren gar nicht erst zu eröffnen.

Konsequentes Verfahren hätte Lawine ausgelöst

Diese Methode ist offenbar üblich, wenn Ermittlungsverfahren oder auch Anklagen aus politischen Gründen scheitern sollen. Denn politisch brisant ist es, wenn Kommunen gemeinsam mit Aufsichtsbehörden und Ministerien korruptive Geldverschwendung im Sinne der »Parteien-Sponsoren« betreiben. Der Inhaber des Ingenieurbüros (ein guter »Bekannter« von Ex-Wirtschaftsminister Günter Rexrodt) gab in der »Hessenschau« am 20. November 1996 öffentlich zu, vor Landtagswahlen sowohl der Landes-SPD, als auch der Landes-CDU brav gespendet zu haben.

Ein konsequent durchgezogenes Gerichtsverfahren, in dem sämtliche Betrügereien und sonstige Manipulationen sowie »Bekanntschaften« und »Freundschaften« zur Sprache gekommen wären, hätte mit Sicherheit Schlammlawinen ausgelöst. Daran hatten weder CDU, noch SPD und FDP ein Interesse - und die Grünen offensichtlich auch nicht mehr. Übrigens hatten die Bundesparteien ebenfalls keine Lust auf eine strafrechtliche Verfolgung des Netzwerkes, bzw. der Wassermafia.

Natürlich unterrichteten wir die überregionalen Medien, da das bei uns nachgewiesene Spiel überall in Deutschland, - seit 1990 in heftigster Form in den neuen Bundesländern - abläuft. Durch flächendeckende Korruption, insbesondere im Baubereich (natürlich auch bei dem Bau von Klär-, und Wassergewinnungsanlagen) und der »Vetterwirtschaft«, werden die Gemeinden finanziell ausgeblutet. Wenn die Länder für die bankrotten Wasser- und Abwasserverbände der Kommunen finanziell einspringen, um den Protest vor Ort einzudämmen, ändert sich nichts an den Ursachen. Der Steuerzahler zahlt die Zeche dann über die Landesfinanzen. Geld für andere wichtige Zwecke ist nicht mehr vorhanden.

Es gelang uns in keiner Weise, Öffentlichkeit herzustellen, denn die Medien (auch Redaktionen traditionell eher kritischer Fernsehsendungen) haben sich ein eisiges Schweigen über dieses Thema verordnet. Die Gleichschaltung bei der Verbreitung von Unwahrheiten und beim Verschweigen entscheidender politischer Vorgänge hat sich zuletzt beim Krieg gegen Jugoslawien gezeigt.

Die strafvereitelnde Rolle einiger Staatsanwälte trotz der nachgewiesenen Veruntreuungen und trotz des Betrugs war offensichtlich. Als Noch-Grünen-Fraktion teilten wir dies dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Kassel und dem »grünen« Justizminister Rupert von Plottnitz mit - ergebnislos.

»Unser Joschka« ist jetzt in Bonn

Als ich in Hüttenberg bei der Absegnung der hessischen rot- grünen Koalitionsvereinbarungen Joschka Fischer fragte, warum er in Hessen nichts gegen den Schmu im Abwasser- und Trinkwasserbereich unternommen habe, antwortete er mir forsch, er sei jetzt in Bonn.

Sowohl dem Ingenieurbüro als auch dem Bürgermeister und seiner SPD-Fraktion wurden wir selbstverständlich lästig, und es wurde vom SPD-Fraktionsvorsitzenden öffentlich angekündigt, man werde alle Mittel anwenden, um insbesondere mich zum Schweigen zu bringen. Insgesamt fünf eidesstattliche Erklärungen wurden nun von denen verfaßt, denen wir in die Quere gekommen waren. Man beschuldigte mich, Schmiergeldbehauptungen aufgestellt und über die Presse verbreitet zu haben. Damit setzte man insgesamt vier Gerichtsverfahren gegen mich in Gang; zwei beim Verwaltungsgericht - initiiert durch die SPD - und zwei beim Landgericht - einmal angestrengt durch den Bürgermeister, das andere Mal durch den Ingenieurbüroinhaber. Gleichzeitig kündigte dieser öffentlich Schadensersatzforderungen gegen mich an. Bei verlorenen Verfahren wären meine Familie und ich ruiniert gewesen.

Daß man mich und meine Familie als zusätzliche Strafaktion mit um 500 Prozent überhöhten Anliegerbeiträgen treffen wollte - anstelle von 6 000 DM sollten wir nämlich 33 000 DM zahlen - sei hier nur nebenbei erwähnt. Diese Strafaktion konnten wir vor dem Verwaltungsgericht abwenden.

Ich habe in den Jahren 1996/97 sämtliche Gerichtsverfahren gewonnen. Denn es konnte durch Zeugenaussagen und mit Hilfe unserer Pressemitteilungen der unumstößliche Beweis erbracht werden, daß die Behauptungen in den eidesstattlichen Erklärungen unwahr sind.

Bis zum heutigen Tag - mittlerweile sind drei Jahre vergangen - mußte sich keiner der fünf Unterzeichner vor Gericht verantworten. Die von den zuständigen Staatsanwälten formulierten Anklagen, für die sie sich viel, viel Zeit gelassen hatten, während ich immer wieder Beschwerden eingelegt hatte, ließen die entscheidenden Beweismittel in dreister und eindeutig strafvereitelnder Form einfach weg. Ergebnis war, daß die entsprechenden Gerichte in keinem einzigen Fall das Hauptverfahren zulassen mußten. Dies kannten wir bereits aus den anderen oben beschriebenen Strafverfahren.

Unsere Kontakte zu »unserem« hessischen Umweltminister Fischer wegen der unbeschreiblichen Geldverschwendung im Umweltbausektor (Abwasser, Trinkwasser) führten zu keinerlei Konsequenzen im Sinne der Bürger. Unsinnige und überbeuerte Baumaßnahmen werden in Hessen und offensichtlich in allen anderen Bundesländern weiter bezuschußt und führen immer mehr Menschen wegen der Gebühren und Beiträge in den Ruin.

Unsere Aufforderungen an unseren Parteifreund Justizminister von Plottnitz, die Strafvereitelungen in der hessischen Justiz nicht hinzunehmen, blieben genau wie die oben beschriebenen umweltpolitischen Bemühungen bei Herrn Fischer erfolglos.

Der unerträgliche Gipfel der Vorgänge war erreicht, als uns von Plottnitz - nachdem ihn ein SPD-Landtagsabgeordneter dazu über die Presse aufgefordert hatte - öffentlich angriff. Ebenfalls über die Presse ließ er uns mitteilen, er betrachte unsere Bemühungen um eine Strafverfolgung der Täter als »abenteuerlich« und »abwegig«. Er ignorierte die skandalösen Vorgänge in der hessischen Justiz nicht nur, er segnete sie ab.